



Anfragen: Herbstsession 2024

Direktion Nummer	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Staatskanzlei (STA)			
18	Heyer (Perrefitte, FDP) (Sprecher/-in) Gullotti (Tramelan, SP) Jeanneret (Sankt Immer, FDP)	Digitale Verwaltung in den Gemeinden	4
28	Freudiger (Langenthal, SVP)	Lohngleichheit im Staatsbeitragswesen	5
Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)			
35	Spahr (Lengnau, SVP)	Ist die Unvereinbarkeit für Bürgerinnen und Bürger mit kantonalem Recht vereinbar?	6
Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)			
1	Aebi (Hellsau, SVP) (Sprecher/-in) Fischer (Bätterkinden, SVP) Leuenberger (Bannwil, SVP)	Weiterentwicklung GELAN	7
6	Fiechter (Oberwil im Simmental, SVP)	Eurovision Song Contest 2025 in Basel	8
15	Kohler (Meiringen, GRÜNE) (Sprecher/-in) Remund (Mittelhäusern, GRÜNE)	Massnahmen in Bezug auf Übertourismus	9
22	Kohler (Meiringen, GRÜNE) (Sprecher/-in) Remund (Mittelhäusern, GRÜNE)	Gewinne der BKW im Netzbereich	10
23	von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE)	Invasive Pflanzen entlang von Zugschienen	11
36	Zbinden (Mittelhäusern, SVP)	Verzögerungen beim Projekt Neues Agrarinformationssystem AIS	12
Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)			
4	Josi (Wimmis, SVP)	Steht der Kantonsbeitrag zur Sanierung der Fischermätteli-Tramlinie unter dem Vorbehalt der Investitionspriorisierung?	13
8	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)	Update zum Neubau für Justiz und Polizei	14
14	Kohler (Meiringen, GRÜNE) (Sprecher/-in) Remund (Mittelhäusern, GRÜNE)	Erste Zahlen Park&Ride Matten	15
19	Jeanneret (Sankt Immer, FDP)	Kreuzung Rue du Midi / Route de Villeret in Saint-Imier	16

25	Bichsel (Zollikofen, SVP) (Sprecher/-in) Schori (Wiler b. Seedorf, SVP)	Entgangene Mietzinseinnahmen durch Projektverschleppung (Teil I)	17
26	Bichsel (Zollikofen, SVP) (Sprecher/-in) Schori (Wiler b. Seedorf, SVP)	Entgangene Mietzinseinnahmen durch Projektverschleppung (Teil II)	18
31	Lindegger (Roggwil, GRÜNE)	Verkehrssanierungen Aarwangen – Langenthal und Burgdorf – Oberburg – Hasle / Verschiebung in der Investitionsplanung	19

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)

10	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Boni in Spitälern während Covid-Zeit?	20
17	Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)	Betreuung in Asyl- und Rückkehrzentren des Kantons	21
20	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Wann wird die Versorgungssituation für Menschen mit Autismus verbessert?	22
34	Kocher Hirt (Worben, SP)	Überprüfung der Stellenschlüssel in Alters- und Pflegeheimen	23

Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)

2	Fiechter (Oberwil im Simmental, SVP) (Sprecher/-in) Bärtschi (Lützelflüh, SVP)	Inakzeptable Einmischung des Berner Heimatschutzes in Abstimmungskampf um Biodiversitätsinitiative	24
5	Buri (Konolfingen, GLP) (Sprecher/-in) Gasser (Ostermundigen, GLP)	Stand der Umsetzung: Schulsozialarbeit stärken, Kinder- und Jugendpsychiatrie entlasten	25
24	von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE) (Sprecher/-in) Jeanneret (Sankt Immer, FDP)	Schulverlag und dann?	26
27	Ruch (Bern, GRÜNE)	Schule diskriminiert Kinder aus bildungsfernen Haushalten	27
29	Müller (Orvin, SVP) (Sprecher/-in) Pichard (Biel, GLP) Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)	ISNO	28
30	Müller (Orvin, SVP) (Sprecher/-in) Pichard (Biel, GLP) Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)	Zusammenarbeit zwischen der Hebrew-University und dem Islaminstitut	29

Sicherheitsdirektion (SID)

7	Schori (Wiler b. Seedorf, SVP)	Ersatzfreiheitsstrafen	30
16	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Wie viele abgewiesene Asylbewerberinnen und Asylbewerber befinden sich aktuell im Kanton Bern?	31

21	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Nicht bezahlte Bussen von Mietautos	32
32	Soder (Biel, GRÜNE)	Privatunterbringungen von abgewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern	33
33	Soder (Biel, GRÜNE)	Gesuche für Privatunterbringungen von abgewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern	34
37	Spahr (Lengnau, SVP) (Sprecher/-in) Müller (Orvin, SVP) Aebi (Hellsau, SVP)	Informiert die Kantonspolizei die Bevölkerung und die Gemeindebehörden ausreichend über Vorfälle?	35
38	Spahr (Lengnau, SVP) (Sprecher/-in) Müller (Orvin, SVP) Aebi (Hellsau, SVP)	Informiert die Kantonspolizei die Bevölkerung und die Gemeindebehörden ausreichend über Vorfälle?	36

Finanzdirektion (FIN)

3	Fiechter (Oberwil im Simmental, SVP)	Erbschaftssteuerinitiative der Jungsozialisten – Betroffenheit im Kanton Bern	37
9	Gerber (Hinterkappelen, GRÜNE)	Wie weiter mit den Informatik-Projekten	38
11	Matti (Zweisimmen, Die Mitte)	Eröffnung von steuerrechtlichen Verfügungen	39
12	Matti (Zweisimmen, Die Mitte)	Bestimmungen für den Wochenaufenthalt	40
13	Matti (Zweisimmen, Die Mitte)	Zumutbarkeit des Arbeitswegs	41

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP) (Sprecher/-in)
Gullotti (Tramelan, SP)
Jeanneret (Sankt Immer, FDP)

Beantwortung: STA

Digitale Verwaltung in den Gemeinden

Gegenwärtig suchen die kantonalen Regionen, Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften nach Lösungen, um die neuen kantonalen Anforderungen an die digitale Verwaltung zu erfüllen. Dies, nachdem der Grosse Rat im März 2022 das Gesetz über die digitale Verwaltung verabschiedet hat. Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass die kantonale Verwaltung in der Praxis hauptsächlich an der digitalen Transformation des Kantons arbeitet und den Gemeinden nicht die erwartete und versprochene Unterstützung zukommen lässt. Die Organisation, die der Kanton bislang eingerichtet hat, ist unzureichend. Es fehlen zumindest ein Musterreglement, ein Vorschlag für standardisierte Lösungen, die je nach Grösse und Bedarf der Gemeinden angepasst werden können, sowie finanzielle Mittel, um die Gemeinden beim Projektmanagement zu unterstützen. Wenn die Digitalisierung für den Kanton eine Priorität ist, muss er die Regionen und Gemeinden angemessen unterstützen.

Fragen:

1. Warum wurde den Gemeinden noch kein Musterreglement zur Verfügung gestellt?
2. Warum bietet der Kanton den Gemeinden nicht direkt standardisierte und modulare Lösungen an, um individuelle und teure Lösungen zu vermeiden?
3. Kann der Regierungsrat ein angemessenes und zielgerichtetes Finanzierungsmodell in Erwägung ziehen, um die Regionen und/oder Gemeinden beim Projektmanagement zu unterstützen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Staatskanzlei

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 28

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Freudiger (Langenthal, SVP)

Beantwortung: STA

Lohngleichheit im Staatsbeitragswesen

Unternehmen, die vom Kanton Bern einen öffentlich ausgeschriebenen Auftrag erhalten, haben die Bestimmungen über die Lohngleichheit von Frau und Mann einzuhalten. Ab dem 1. September 2024 wird dies mit Stichproben überprüft. Dies hat der Regierungsrat am 29. August 2024 kommuniziert. Bereits heute haben gemäss Artikel 7a Absatz 1 StBG Betriebe, die Staatsbeiträge empfangen, die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann zu gewährleisten und entsprechende Unterlagen vorzulegen bzw. Prüfungen zu gewärtigen. Es ist von Interesse zu wissen, wie oft es seit Einführung von Artikel 7a StBG im Jahr 2017 zu Feststellungen einer unerklärten Lohndifferenz zwischen Mann und Frau aufgrund des Geschlechts in signifikanter Weise gekommen ist.

Fragen:

1. Wie viele Kontrollen erfolgten seit 2017 aufgelistet nach Jahr und Zuständigkeitsbereich der Direktion/der Staatskanzlei?
2. Wie oft wurde bei den Lohngleichheitskontrollen im Staatsbeitragswesen in den Jahren seit 2017 eine unerklärte, statistisch signifikante Lohndifferenz aufgrund des Geschlechts festgestellt (Bitte um Nennung der Anzahl Fälle entsprechender Ungleichheit aufgeschlüsselt pro Direktion/Staatskanzlei und Jahr)?
3. Wie oft lag dabei eine unerklärte, statistisch signifikante Lohndifferenz zu Ungunsten von Frauen und wie oft zu Ungunsten von Männern vor?

Verteiler

- Grosser Rat
- Staatskanzlei

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 35

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Spahr (Lengnau, SVP)

Beantwortung: DIJ

Ist die Unvereinbarkeit für Bürgerinnen und Bürger mit kantonalem Recht vereinbar?

Mit Besorgnis nimmt der Urheber die geplanten rot-grünen Bestrebungen im Stadtrat der Stadt Bern zur Kenntnis, wonach Bernburgerinnen und Bernburger nicht mehr in den Gemeinderat der Stadt Bern gewählt werden dürfen. Die Motion [2024.SR.0021](#) «Keine Bürgerinnen und Bürger im Gemeinderat!» will das Bürgerrecht der Unvereinbarkeitsklausel für das Gemeinderatsamt der Stadt Bern unterstellen. Der Gemeinderat der Stadt Bern hält in seiner Antwort zur Motion zwar fest, dass es «fraglich» sei, ob es sich hierbei um eine zulässige Unvereinbarkeit nach Artikel 36 Absatz 4 GG handelt. Gemäss diesem Absatz dürfen die Gemeinden weitere als die vom Kanton definierten Unvereinbarkeiten festlegen. Die Stadtratsmotion fordert nichts geringeres, als die Ungleichbehandlung von gleichwertigen Schweizer Bürgerinnen und Bürgern mit demselben Wohnsitz aufgrund der Abstammung (Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger im Kanton Bern sind dies aufgrund der Abstammung).

Frage:

- Ist eine Unvereinbarkeitserklärung als Bürgerin und Bürger für den Gemeinderat mit dem kantonalen Recht vereinbar?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 11.06.2024

Eingereicht von: Aebi (Hellsau, SVP) (Sprecher/-in)
Fischer (Bätterkinden, SVP)
Leuenberger (Bannwil, SVP)

Beantwortung: WEU

Weiterentwicklung GELAN

Der Grosse Rat hat in der Wintersession Investitionen in die Aufrechterhaltung des bestehenden GELAN und einen Kredit für die Neuentwicklung eines Datenerhebungssystems Landwirtschaft (AIS) getätigt. Parallel dazu entwickeln 18 Kantone mit NIKA ein gleiches Erfassungssystem.

Fragen:

1. Warum ist eine eigene Entwicklung für die Kantone Bern, Solothurn und Freiburg nötig?
2. Werden die GELAN-Kantone die DVS-Studie (Digitale Verwaltung Schweiz) der Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (LDK) durchführen?
3. Ist vorgesehen, Module gemeinsam mit Smart IT Steinhausen (NIKA) zu entwickeln?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 30.08.2024

Eingereicht von: Fiechter (Oberwil im Simmental, SVP)

Beantwortung: WEU

Eurovision Song Contest 2025 in Basel

Am Freitag, 30. August 2024, wurde bekannt, dass der Eurovision Song Contest 2025 in Basel stattfinden wird.

Fragen:

1. Gedenkt der Regierungsrat, den ESC 2025 in Basel finanziell oder mit anderweitigen Ressourcen (z. B. im Sicherheitsbereich) zu unterstützen?
2. Wenn ja, wie sähe diese Unterstützung konkret aus?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Kohler (Meiringen, GRÜNE) (Sprecher/-in)
Remund (Mittelhäusern, GRÜNE)

Beantwortung: WEU

Massnahmen in Bezug auf Übertourismus

Nach Abschluss der Sommersaison zeigt sich, dass der Ansturm auf die Tourismusdestinationen in der Schweiz und auch im Berner Oberland ungebrochen ist und noch weiter zunimmt. Tagesgäste in Zermatt sollen für ihren Besuch künftig zwölf Franken bezahlen. Darüber diskutieren Gemeinde und Tourismusbehörde. Die Unzufriedenheit der Einheimischen wegen der Belastung durch die vielen Gäste war ausschlaggebend für die Diskussion. Auch in Lauterbrunnen wird gemäss Medienberichten über eine Gebühr diskutiert.

Fragen:

1. Gibt es im Kanton Bern eine rechtliche Grundlage für die Erhebung einer solchen Gebühr?
2. Wenn nein: Welche gesetzlichen Anpassungen wären notwendig, um eine solche Grundlage zu schaffen?
3. Könnten diese Mittel für den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur eingesetzt werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Kohler (Meiringen, GRÜNE) (Sprecher/-in)
Remund (Mittelhäusern, GRÜNE)

Beantwortung: WEU

Gewinne der BKW im Netzbereich

Die BKW hat am 21. August ihr Halbjahresergebnis präsentiert, das positiv ausfiel. Dabei weist sie im Netzbereich einen EBIT von 89,9 Millionen Franken aus bei einem Umsatz von 340 Millionen Franken. Der EBIT macht damit rund 26,4 Prozent aus.¹ Der EBIT umfasst gemäss Definition keine Finanz- und Steueraufwände. Trotzdem ist der Unterschied zum kalkulatorischen WACC von 3,83 Prozent (für Stromnetze im Jahr 2023²) des BFE riesig.

Fragen:

1. Wie kommen die grossen Gewinne im regulierten Monopolbereich der Stromnetze der BKW zustande?
2. Wie hoch sind die Gewinne in diesem Bereich inklusive Finanzaufwand und Steuern?
3. Ist der EBIT im Stromnetzbereich ein aussagekräftiger Kennwert?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

¹ <https://www.bkw.ch/de/ueber-uns/aktuell/medien/medienmitteilungen/bkw-mit-sehr-gutem-halbjahresergebnis-2024>

² <https://www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/news-und-medien/medienmitteilungen/mm-test.msg-id-87405.html>

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 23

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE)

Beantwortung: WEU

Invasive Pflanzen entlang von Zugschienen

Die Landwirtschaftskammer und die betroffenen Kreise haben ihre Unzufriedenheit darüber geäussert, dass sich die SBB aus dem Kampf gegen invasive Pflanzen entlang der Eisenbahnschienen zurückziehen.

Fragen:

1. Ist der Kanton Bern bereit, das Gespräch mit den SBB zu suchen, damit sie diese Aufgabe in irgendeiner Weise übernehmen?
2. Hat der Kanton Bern eine andere Lösung für dieses Problem in Aussicht?
3. Kann die Problematik der invasiven Pflanzen im weiteren Sinne (Strassenränder, verlassene Parzellen) noch sektoriell behandelt werden? Sollte nicht eine Task Force eingerichtet werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 36

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Zbinden (Mittelhäusern, SVP)

Beantwortung: WEU

Verzögerungen beim Projekt Neues Agrarinformationssystem AIS

Aktuell kommt es bei der Umsetzung des Projekts Neues Agrarinformationssystem AIS (Neues GELAN) zu Verzögerungen. Die Programmierung hat begonnen, aktuell geht es aber nicht mehr vorwärts.

Fragen:

1. Welche Gründe führen zu den aktuellen Verzögerungen beim Projekt Neues Agrarinformationssystem AIS (Neues GELAN)?
2. Kann das Projekt gemäss den im Vortrag zum Objektkredit «Erneuerung des Agrarinformationssystems» festgehaltenen Eckdaten, insbesondere in Bezug auf Zeitplan und Kostenrahmen, realisiert werden?
3. Ist die Zielerreichung gemäss den in Punkt 1 der Motion 021-2024 «Weniger Bürokratie und mehr Planungssicherheit für die Berner Landwirtschaft» geforderten Punkten durch die Verzögerungen gefährdet?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 22.08.2024

Eingereicht von: Josi (Wimmis, SVP)

Beantwortung: BVD

Steht der Kantonsbeitrag zur Sanierung der Fischermätteli-Tramlinie unter dem Vorbehalt der Investitionspriorisierung?

Zurzeit ist geplant, die Gleise und die Fahrleitungen der Tramlinie 6 in Bern zwischen Effingerstrasse und Endstation Fischermätteli altersbedingt zu sanieren. Die Stadt Bern stimmt am 22. September über das Projekt «Gesamtsanierung Strassenraum Brunnhof-Fischermätteli» ab, das die Sanierung der Tramlinie mit weiteren Massnahmen verbindet.

Gemäss Abstimmungsbotschaft³ belaufen sich die Kosten für das Projekt auf 42,6 Millionen Franken, wobei der Kanton 2,8 Millionen Franken direkt beisteuert und weitere 17,4 Millionen Franken von Bernmobil finanziert werden. In letzteren enthalten sind insbesondere die Kosten für die Gleissanierung und den Ersatz der Fahrleitungen. Die Mittel hierfür erhält Bernmobil vom Kanton.

Gemäss Botschaft ist der Verzicht auf die Sanierung und die Erschliessung mit Bus grundsätzlich möglich (die Tramlinie hat eine deutlich höhere Kapazität als nötig). Auch sind die öffentlichen Abgeltungen an den Betrieb, die zu zwei Dritteln vom Kanton getragen werden, mit einer Buserschliessung deutlich tiefer. Im «Bericht Regionales Angebotskonzept ÖV 2027–2030»⁴ der RKBM hat die Beibehaltung des bestehenden ÖV-Angebots zwischen Fischermätteli und Bahnhof Bern lediglich Priorität 2.

Fragen:

1. Verzichtet der Regierungsrat auf die Tramliniensanierung, wenn der Grosse Rat dies bei der Behandlung der Investitionspriorisierung wünscht?
2. Ist der Regierungsrat in Bezug auf die Tramliniensanierung (finanzielle) Verpflichtungen eingegangen, die zum Tragen kommen, wenn der Grosse Rat den Verzicht wünscht?
3. Ergreift der Regierungsrat die nötigen Massnahmen, um dem Grossen Rat – wie bei allen anderen Investitionen – den Spielraum für den Entscheid über die Tramliniensanierung offenzulassen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

³ <https://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/abstimmungen-und-wahlen/abstimmungen/aktuelleabstimmungen/dokumente/abstimmungsbotschaft-vom-22-september-2024.pdf>, S. 39.

⁴ Zurzeit in Vernehmlassung, vgl. https://www.bernmittelland.ch/wAssets/docs/themen/verkehr/projekte/regionales-angebotskonzept-oev-2027-2030/240701_RAK-27-30_Bericht-zur-Mitwirkung.pdf.

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 01.09.2024

Eingereicht von: von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)

Beantwortung: BVD

Update zum Neubau für Justiz und Polizei

In der Herbstsession 2023 bewilligte der Grosse Rat einen Projektierungskredit für den Neubau Centre Justice et Police (CJP) in Reconvilier. Sämtliche bisherigen Infrastrukturplanungen im Rahmen des Projekts «Avenir Berne romande» erfolgten unter grossem Zeitdruck. Deswegen ist hier im Vergleich zu anderen Planungen eher zu erwarten, dass relevante neue Sachverhalte zutage treten, die zum Zeitpunkt des Grossratsbeschlusses noch nicht bekannt waren (vgl. als Beispiel den Kauf des Gebäudes «Tavannes Machines»). In dieser Anfrage wird sowohl nach einer verbalen Beschreibung der Sachverhalte gefragt als auch nach allfälligen Kostenfolgen.

Fragen:

1. Welche neuen Erkenntnisse haben die seit Herbst 2023 durchgeführten Planungsarbeiten für das CJP ergeben?
2. Gibt es in Bezug auf den Untergrund (Gewässer, Altlasten etc.) neue Erkenntnisse?
3. Gibt es in Bezug auf die Baubewilligungsfähigkeit des CJP neue Erkenntnisse?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Kohler (Meiringen, GRÜNE) (Sprecher/-in)
Remund (Mittelhäusern, GRÜNE)

Beantwortung: BVD

Erste Zahlen Park&Ride Matten

Der Grosse Rat hat für die Park-and-Ride-Anlage für Personenwagen (PW) und Reiseautos bei der neu erstellten Haltestelle «Matten b. Interlaken» der Berner Oberland-Bahnen AG (BOB) eine Unterstützung von 1,6 Millionen Franken beschlossen. Ziel war die Entlastung der Lütchinentäler vom Verkehr. Gemäss verschiedenen Medienberichten war die Verkehrsbelastung an einigen Tagen wieder massiv überlastet. Es kam auch zu erheblichem Suchverkehr in Grindelwald und Lauterbrunnen.

Fragen:

1. Gibt es erste Zahlen zur Nutzung der P+R-Anlage in Matten, und wie sehen diese aus?
2. Funktioniert das angekündigte Parkleitsystem wie angekündigt, und wie wird die Wirksamkeit in Bezug auf den Verkehr in den Tälern gemessen?

Verteiler

- Grosse Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Jeanneret (Sankt Immer, FDP)

Beantwortung: BVD

Kreuzung Rue du Midi / Route de Villeret in Saint-Imier

Die Kreuzung an der Schnittstelle der Rue du Midi und der Route de Villeret in Saint-Imier ist gefährlich und wird von der Bevölkerung und von den Behörden häufig hinterfragt. Trotz politischer Interventionen, sei es im Stadtrat oder direkt bei den betroffenen Instanzen, scheint es keine Lösung zu geben. Diese Situation ist nicht angenehm und gefährlich. Die Sicht ist an dieser Kreuzung schlecht, und jeden Tag gehen die verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer Risiken ein.

Fragen:

1. Wie viele Unfälle haben sich seit der aktuellen Konfiguration der Kreuzung ereignet?
2. Welche Massnahmen können ergriffen werden, um die Situation zu verbessern?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 25

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Bichsel (Zollikofen, SVP) (Sprecher/-in)
Schori (Wiler b. Seedorf, SVP)

Beantwortung: BVD

Entgangene Mietzinseinnahmen durch Projektverschleppung (Teil I)

Der Kanton Bern ist Eigentümer von acht Reiheneinfamilienhäusern in Ostermundigen (GBBL-Nr. 1035, Untere Zollgasse bzw. Bolligenstrasse), die im Finanzvermögen bilanziert sind. Diese stehen seit langer Zeit leer und bleiben noch für längere Zeit nicht vermietbar. Ursprünglich wurde mit einer Wiedervermietung ab Anfang 2024 gerechnet. Angeblich soll die Verzögerung bei der Wiedervermietung im Zuge der anstehenden Sanierungsarbeiten (Projektierung, Ausschreibung, Krediterteilung) entstanden sein.

Fragen:

1. Wie hoch ist der Mietzinsausfall in Franken für den Kanton Bern insgesamt (i. auf Basis des bisherigen bzw. ii. des künftigen Mietzinses)?
2. Welche Kosten für die Renovation/Sanierung der REFH sind bisher angefallen oder insgesamt vorgesehen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 26

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Bichsel (Zollikofen, SVP) (Sprecher/-in)
Schori (Wiler b. Seedorf, SVP)

Beantwortung: BVD

Entgangene Mietzinseinnahmen durch Projektverschleppung (Teil II)

Der Kanton Bern ist Eigentümer von acht Reiheneinfamilienhäusern in Ostermundigen (GBBL-Nr. 1035, Untere Zollgasse bzw. Bolligenstrasse), die im Finanzvermögen bilanziert sind. Diese stehen seit langer Zeit leer und bleiben noch für längere Zeit nicht vermietbar. Ursprünglich wurde mit einer Wiedervermietung ab Anfang 2024 gerechnet. Angeblich soll die Verzögerung bei der Wiedervermietung im Zuge der anstehenden Sanierungsarbeiten (Projektierung, Ausschreibung, Krediterteilung) entstanden sein.

Fragen:

1. Worauf ist diese Misswirtschaft und/oder Fehlplanung zurückzuführen.
2. Welche Lehren wurden daraus gezogen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 31

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Lindegger (Roggwil, GRÜNE)

Beantwortung: BVD

Verkehrssanierungen Aarwangen – Langenthal und Burgdorf – Oberburg – Hasle / Verschiebung in der Investitionsplanung

Die beiden Verkehrssanierungen Aarwangen und Emmentalwärts wurden im März 2023 von der Berner Stimmbevölkerung (knapp) angenommen. Bereits seit Februar 2022 laufen bei beiden Projekten die Verfahren zu insgesamt über 20 Beschwerden, die aus den ursprünglichen Einsprachen resultierten. Beide Verfahren sind äusserst komplex, die inkludierten Unterlagen sehr umfangreich. Erste Entscheide in diesen Verfahren stehen immer noch aus. In der aktualisierten gesamtkantonalen Investitionsplanung (GKIP) wurden die Verfahren inzwischen zeitlich um 2 Jahre verschoben.

Die Verkehrssanierung Aarwangen wird in der Investitionsplanung von vormals 2025–2032 auf 2027–2036 verschoben, die Verkehrssanierung Emmentalwärts von 2025–2036 auf 2027–2037.

Fragen:

1. Welche Überlegungen zum allfälligen Weiterzug von erstinstanzlichen Entscheiden in diesen beiden Projekten bilden dazu die Grundlage?
2. Weshalb ist die Projektdauer in Aarwangen nun zwei Jahre länger und im Emmental ein Jahr kürzer als in der bisherigen GKIP?
3. Verfolgt das Rechtsamt die Strategie, alle Beschwerden zu beiden Projekten mit je zwei gleichzeitigen Leitentscheiden abzuhandeln?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortung: GSI

Boni in Spitälern während Covid-Zeit?

In den vergangenen Jahren wurden in der Spital Simmental-Thun-Saanenland (STS) AG dem Vernehmen nach Boni an Kadermitglieder ausbezahlt – auch bei Unterstützung durch öffentliche Mittel während der Covidzeit.

Fragen:

1. Wie viel wurde in den vergangenen 10 Jahren ausgeschüttet (Aufschlüsselung nach Jahr, Funktion bzw. Summe)?
2. Gibt es andere Spitäler/Gesundheitsinstitutionen im Kanton mit so einer fragwürdigen Praxis?
3. Wird dieses spezielle Gebaren in Zukunft unterbunden (55 Prozent der Krankheitskosten werden aus Steuergeldern finanziert)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)

Beantwortung: GSI

Betreuung in Asyl- und Rückkehrzentren des Kantons

Asyl- und Rückkehrzentren werden von regionalen Partnern im Leistungsauftrag mit dem Kanton (Gesundheits- bzw. Sicherheitsdirektion) betreut. In allen Zentren unterstützen zudem Freiwillige bei Sprachkursen, Aktivitäten und Besuchen zum Austausch.

Es wurde an uns herangetragen, dass in den einzelnen Zentren unterschiedlich viele Betreuungspersonen der regionalen Partner anwesend seien.

Fragen:

1. Ist die Wahrnehmung korrekt, dass verschiedene Kollektivunterkünfte nicht mit gleich viel Personal betreut werden?
2. Auf welchen Grundlagen beruht der Betreuungsschlüssel in Asyl- und Rückkehrzentren?
3. Welcher minimale Betreuungsschlüssel ist für die Betreuung in kantonalen Asyl- und Rückkehrzentren am Tag und in der Nacht vorgegeben?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortung: GSI

Wann wird die Versorgungssituation für Menschen mit Autismus verbessert?

In der Wintersession 2019 hat der Grosse Rat den Vorstoss «Versorgungssituation von Menschen mit Autismus verbessern, Wartefrist für Abklärungen von Autismus-Spektrum-Störungen verkürzen und Behandlung verbessern» (2019.RRGR.269) in Form eines Postulats überwiesen. Doch gemäss direkten Informationen von betroffenen Eltern hat sich die Situation – etwa, was die Wartefristen betrifft – nicht wirklich verbessert.

Fragen:

1. Wie ist der Stand der Umsetzung dieses Vorstosses zur Versorgungssituation von Menschen mit Autismus?
2. Was tut der Regierungsrat, um namentlich die Wartefristen für die Abklärungen endlich zu verbessern?

Verteiler

- Grosse Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 34

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Kocher Hirt (Worben, SP)

Beantwortung: GSI

Überprüfung der Stellenschlüssel in Alters- und Pflegeheimen

Der Regierungsrat legt die Stellenpläne in Alters- und Pflegeheimen fest. Weil das Einhalten der Stellenpläne eine grosse Auswirkung auf die Pflegequalität und die Patientensicherheit hat, ist es wichtig, die Einhaltung der Vorgaben regelmässig zu überprüfen. Das Erfüllen der Vorgaben ist auch ein Hinweis für die Politik, wie nachgefragt die Stellen in der Langzeitpflege sind. Zudem ist der Stellenplan für das Erfüllen der Aufgaben in der beruflichen Bildung (Ausbildungsverpflichtung) eine wichtige Grundlage.

Fragen:

1. Wie findet die Überprüfung der Stellenpläne in Alters- und Pflegeheimen statt?
2. Welches sind die Erkenntnisse der Regierung der Überprüfungen?
3. Wie gut kann der Bildungsauftrag in diesen Institutionen wahrgenommen werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 13.08.2024

Eingereicht von: Fiechter (Oberwil im Simmental, SVP) (Sprecher/-in) Beantwortung: BKD
Bärtschi (Lützelflüh, SVP)

Inakzeptable Einmischung des Berner Heimatschutzes in Abstimmungskampf um Biodiversitätsinitiative

Eine Behörde im Kanton Bern hat den Motionären einen E-Mail-Verlauf vom Dienstag, 30. Juli 2024, und Mittwoch, 31. Juli 2024, mit dem Verein Berner Heimatschutz (BHS) weitergeleitet. Im E-Mail vom 31. Juli 2024, gesendet von der offiziellen Mailadresse des BHS, «info@bernerheimatschutz.ch», verwendet der BHS in dessen Grusszeile ein Abstimmungssujet der Pro-Kampagne zur sogenannten «Biodiversitätsinitiative», die am 22. September 2024 zur Abstimmung gelangt. Auf dem Sujet mit grünem Hintergrund sind der Kampagnen-Slogan «Schützen, was wir brauchen.» sowie die Aufforderung, «JA zur Biodiversität» zu stimmen, abgebildet. Damit verletzt der Verein Berner Heimatschutz, der sich zu einem grossen Teil durch Steuergelder finanziert, das Gebot der politischen Unabhängigkeit sowie den Grundsatz der politischen und weltanschaulichen Neutralität. Kantonal finanzierte Institutionen oder Verbände können nicht unabhängig und neutral arbeiten, wenn sie eigene Abstimmungskampagnen durchführen und sich in eidgenössische Abstimmungskämpfe einmischen. Das aufgrund oftmals bürokratischer und praxisferner Bauberatungen ohnehin schon angekratzte Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Verein Berner Heimatschutz wird mit dieser einseitigen Abstimmungspropaganda weiter stark verletzt.

Der erwähnte Mailverlauf (Personen- und Behördendaten geschwärzt) befindet sich unter folgendem Link zum Download:

<https://drive.google.com/file/d/1Y84mvFMOzMc9uM-4wyEODwUCBmMm14ZB/view?usp=sharing>

Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Einmischung des Vereins Berner Heimatschutz in den nationalen Abstimmungskampf um die «Biodiversitätsinitiative»?
2. Gibt es im Kanton Bern nach Meinung des Regierungsrates ausreichende gesetzliche Grundlagen, um sicherzustellen, dass sich private Organisationen, die öffentlich-rechtliche Aufgaben erfüllen und kantonale Gelder erhalten, politisch neutral verhalten müssen?
3. Welche Massnahmen/Konsequenzen gedenkt der Regierungsrat in Bezug auf die Einmischung des Vereins Berner Heimatschutz in den Abstimmungskampf rund um die «Biodiversitätsinitiative» einzuleiten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 29.08.2024

Eingereicht von: Buri (Konolfingen, GLP) (Sprecher/-in)
Gasser (Ostermundigen, GLP)

Beantwortung: BKD

Stand der Umsetzung: Schulsozialarbeit stärken, Kinder- und Jugendpsychiatrie entlasten

In der Sommersession 2023 hat der Grosse Rat die überparteiliche Motion Gasser 264-2022 deutlich überwiesen. Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiges und vergleichsweise kostengünstiges vorgelagertes Mittel zum Kinderschutz und zur medizinischen Intervention. Eine Vielzahl von Kontakten mit der Schulsozialarbeit betrifft die Gesundheit und Entwicklung der Schülerinnen und Schüler, Gewalterlebnisse oder kritische Lebensereignisse. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur direkten und indirekten Entlastung der derzeit stark belasteten Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Der erste Punkt wurde als Motion überwiesen: Er fordert zusätzliche Anreize für Gemeinden, die Zugangsrate der Schülerinnen und Schüler zur Schulsozialarbeit zu erhöhen. Der zweite Punkt, der eine höhere Kostenbeteiligung des Kantons an den Kosten der Schulsozialarbeit der Gemeinden fordert, wurde als Postulat überwiesen.

Fragen:

1. Wie ist der Stand der Umsetzung der erwähnten Motion?
2. Welche finanziellen Mittel für eine höhere Kostenbeteiligung des Kantons an die Schulsozialarbeit sind im Budget 2025 vorgesehen?

Verteiler

- Grosse Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 24

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE) (Sprecher/-in)
Jeanneret (Sankt Immer, FDP)

Beantwortung: BKD

Schulverlag und dann?

Eine Mehrheit des Parlaments hatte den Kanton aufgefordert, sich von seiner Beteiligung am Schulverlag zu trennen. Die Romans haben sich immer an die Situation angepasst, manchmal mit finanziellen Nachteilen und punktuellen Problemen bei den Bestellungen auf einer im Prinzip zweisprachigen Website.

Fragen:

1. Wie weit ist der Kanton Bern mit seinem Rückzug aus dem Schulverlag und seiner Reorganisation?
2. Ist die Einrichtung einer zentralen Beschaffungsstelle, z. B. am IFZ/CIP in Tramelan, möglich?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 27

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Ruch (Bern, GRÜNE)

Beantwortung: BKD

Schule diskriminiert Kinder aus bildungsfernen Haushalten

Eine einzigartige Langzeitstudie der Universität Bern, die seit 2001 die Bildungsverläufe von Kindern in der Schweiz untersucht, zeigt, dass die Schule Kinder aus bildungsfernen Haushalten diskriminiert.

Fragen:

1. Im Aargau gibt es das Programm «chagall» – Chancengerechtigkeit durch Arbeit an der Lernlaufbahn. Es ist ein Förder- und Mentoringprogramm für talentierte und leistungsbereite Jugendliche mit Migrationshintergrund oder aus finanziell bescheidenen Verhältnissen. chagall soll ihnen eine Brücke zu den Mittelschulen bzw. zu einer Lehre mit Berufsmaturität bauen. Im Aargau sind an chagall die Berufsfach- und Kantonsschule Baden und die Bezirks- und Sekundarschulen Baden, Wettingen und Spreitenbach beteiligt. Gibt es im Kanton Bern ein vergleichbares Angebot?
2. Eine wichtige Erkenntnis der Studie ist, dass sich der mögliche Bildungsweg sehr früh entscheidet. Das heisst auch, dass Frühförderung eine sehr grosse Bedeutung hat. Welche Massnahmen im Bereich Frühförderung ergreift der Kanton zusätzlich, um gegen die Diskriminierung vorzugehen?
3. Für Diskriminierung mitverantwortlich ist auch die Selektion in der Volksschule. Wie steht der Regierungsrat zu den wissenschaftlichen Befunden, dass die Abschaffung der Selektion für mehr Chancengerechtigkeit sorgen könnte?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 29

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Müller (Orvin, SVP) (Sprecher/-in)
Pichard (Biel, GLP)
Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)

Beantwortung: BKD

ISNO

Frage:

- Wie stellt dir BKD sicher, dass die mutigen Studentinnen und Studenten des Instituts für Studien zum Nahen Osten und zu muslimischen Gesellschaften (ISNO), die im Rahmen der administrativen Untersuchung die Missstände am ISNO benannt haben, nach der kürzlich erfolgten Bestätigung der bisherigen Leitung nicht mit Repressionen und Nachteilen zu rechnen haben?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 30

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Müller (Orvin, SVP) (Sprecher/-in)
Pichard (Biel, GLP)
Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)

Beantwortung: BKD

Zusammenarbeit zwischen der Hebrew-University und dem Islaminstitut

Im Strukturbericht wird die hervorragende Zusammenarbeit zwischen der Hebrew-University und dem Islaminstitut gelobt. Sie wurde seinerzeit von Prof. Reinhard Schulze installiert.

Fragen:

1. Wie steht es aktuell um diese Zusammenarbeit, seit BDS-Anhängerin und Direktorin Tolino in Verantwortung steht?
2. Welche aktuellen Aktivitäten finden derzeit statt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 01.09.2024

Eingereicht von: Schori (Wiler b. Seedorf, SVP)

Beantwortung: SID

Ersatzfreiheitsstrafen

Die Vollstreckung von Geldstrafen und Geldbussen durch Ersatzfreiheitsstrafen ist für die Allgemeinheit mit sehr hohen Kosten verbunden. Diese Kosten stehen oft in keinem Verhältnis zur Höhe der jeweiligen Geldstrafe oder Geldbusse. Besonders stossend ist dies dort, wo die Nichtbezahlung als provokative Herausforderung des Rechtssystems eingesetzt wird.

Frage:

- Welche Voraussetzungen müssten geschaffen werden, damit Ersatzfreiheitsstrafen nach dem Gesamtkostenprinzip (Ersatzfreiheitsstrafenbetrag und Vollzugskosten) ausgesprochen werden können?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortung: SID

Wie viele abgewiesene Asylbewerberinnen und Asylbewerber befinden sich aktuell im Kanton Bern?

Gemäss Medienberichten gibt es aktuell in der Schweiz 4500 Ausländerinnen und Ausländer, die einen negativen Asylentscheid haben und die Schweiz demnach verlassen müssten. Abgewiesene Asylbewerberinnen und Asylbewerber halten sich nicht rechtmässig in der Schweiz auf und müssen das Land deshalb verlassen.

Fragen:

1. Wie viele abgewiesene Asylbewerberinnen und Asylbewerber halten sich aktuell im Kanton Bern auf?
2. Wie viele abgewiesene Asylbewerberinnen und Asylbewerber hielten sich im Jahr 2021 im Kanton Bern auf?
3. Was unternimmt der Regierungsrat, um diese abgewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerber möglichst rasch auszuschaffen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortung: SID

Nicht bezahlte Bussen von Mietautos

Die Gemeinde Interlaken hatte im vergangenen Jahr rund 400 000 Franken Ausfälle von nicht bezahlten Bussen von Fahrerinnen und Fahrern von Mietautos. Hintergrund: Die Firmen, die Autos vermieten, hatten nicht direkt für das Bezahlen von Bussen ihrer Mieterinnen und Mieter. Die Bussen müssen bei den Mieterinnen und Mietern der Fahrzeuge selbst eingeholt werden, was für die Behörden sehr aufwendig und bei Mieterinnen und Mietern mit Wohnsitz im Ausland auch sehr schwierig ist.

Fragen:

1. Wie hoch sind die Ausfälle durch nicht bezahlte Bussen von Mietautos im Kanton Bern pro Jahr?
2. Was unternimmt der Kanton Bern, um diese Bussen möglichst vollständig einzutreiben?
3. Was meint der Regierungsrat zum Vorschlag, dass die Autovermieterinnen und Autovermieter für nicht bezahlte Bussen ihrer Automieterinnen und Automieter bezahlen müssten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 32

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Soder (Biel, GRÜNE)

Beantwortung: SID

Privatunterbringungen von abgewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern

In der Wintersession 2021 entschied eine Mehrheit des Grossen Rates, dass Menschen, die schon lange mit einem negativen Asylentscheid in der Schweiz leben und keine Aussicht auf Ausreise in ihre Heimat haben, privat untergebracht werden können. Abgewiesene Asylsuchende können somit seit Dezember 2021 privat untergebracht werden, wenn deren Ausweisung nicht absehbar ist und sie ihr Asylgesuch vor dem 1. März 2019 eingereicht oder vor mehr als zwei Jahren einen rechtskräftigen negativen Asylentscheid samt Wegweisung erhalten haben. Die private Unterbringung ist eine geeignete Ergänzung zu kantonalen Einrichtungen und gesellschaftspolitisch sinnvoll. Der Kanton kann damit Kosten sparen und hat mehr Platzmöglichkeiten in den Rückkehrzentren. Jedoch scheint es, als ob die private Unterbringung immer noch nicht oft umgesetzt wird.

Fragen:

1. Wie viele abgewiesene Asylbewerberinnen und Asylbewerber leben aktuell in Privatunterbringungen?
2. Wie viele waren es jeweils in den Jahren 2016–2023?
3. Wie viele Gesuche für Privatunterbringungen wurden in den Jahren 2022 und 2023 abgelehnt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 33

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Soder (Biel, GRÜNE)

Beantwortung: SID

Gesuche für Privatunterbringungen von abgewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern

In der Wintersession 2021 entschied eine Mehrheit des Grossen Rates, dass Menschen, die schon lange mit einem negativen Asylentscheid in der Schweiz leben und keine Aussicht auf Ausreise in ihre Heimat haben, privat untergebracht werden können. Abgewiesene Asylsuchende können somit seit Dezember 2021 privat untergebracht werden, wenn deren Ausweisung nicht absehbar ist und sie ihr Asylgesuch vor dem 1. März 2019 eingereicht oder vor mehr als zwei Jahren einen rechtskräftigen negativen Asylentscheid samt Wegweisung erhalten haben.

Die private Unterbringung ist eine geeignete Ergänzung zu kantonalen Einrichtungen und gesellschaftspolitisch sinnvoll. Der Kanton kann damit Kosten sparen und hat mehr Platzmöglichkeiten in den Rückkehrzentren. Bei der Bearbeitung von Gesuchen zur Privatunterbringung sprechen jedoch Betroffene von Verschärfungen, und bisher gut funktionierende Privatunterbringungen wurden nicht mehr verlängert.⁵ Dies widerspricht dem mehrfach geäusserten Willen des Grossen Rates, dass man Privatunterbringungen von abgewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern als sinnvoll erachtet und daher vermehrt ermöglichen will.

Fragen:

1. Wie viele Gesuche für private Unterbringungen bei abgewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern waren 2022 und 2023 von bereits privat Untergebrachten (sogenannte Verlängerungsgesuche)?
2. Was sind Kriterien/Gründe für die Zusage bzw. Absage für Privatunterbringungen bei abgewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern?
3. Können abgewiesene Asylsuchende gegen eine Ablehnung des Antrags auf Privatunterbringung Beschwerde einreichen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

⁵ <https://www.hauptstadt.be/a/ploetzlich-rueckkehrzentrum-statt-gastfamilie> und <https://www.derbund.ch/warum-berhe-goytom-diestillhards-wohl-bald-verlassen-muss-884974401754>

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 37

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Spahr (Lengnau, SVP) (Sprecher/-in)
Müller (Orvin, SVP)
Aebi (Hellsau, SVP)

Beantwortung: SID

Informiert die Kantonspolizei die Bevölkerung und die Gemeindebehörden ausreichend über Vorfälle?

Die Polizei als Behörde geniesst in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Diese Akzeptanz ist für die polizeiliche Arbeit essenziell. Damit die hohe Akzeptanz der Strafverfolgungsbehörden erhalten bleibt, ist es unter anderem wichtig, dass die Polizeibehörden die Bevölkerung und die Gemeindebehörden sachgerecht und zeitnah über Vorfälle, die von öffentlichem Interesse sind und die bevorstehenden Ermittlungen nicht behindern, proaktiv informieren. Sonst kann schnell der Eindruck entstehen, die Behörden wollen «etwas unter dem Deckel halten». Den Urhebern sind zwei Fälle aus der Bevölkerung bekannt, bei dem zumindest infrage gestellt werden kann, ob die Strafverfolgungsbehörden immer proaktiv und zeitnah über Vorfälle informieren. So wurden in der Nacht auf den 7. April in der Gemeinde Pieterlen 17 (!) Autos aufgebrochen. Über diesen Einbruchsexzess wurde weder von der Kantonspolizei noch von der Staatsanwaltschaft mittels Medienmitteilung oder Social Media proaktiv informiert. Der Fall wurde publik, da das Bieler Tagblatt bei der Kantonspolizei nachfragte und daraus einen Artikel schrieb.

Weiter haben die Urheber Kenntnis eines weiteren, ähnlich gelagerten Vorfalls. So wurden in der Nacht vom 1. auf den 2. September in der Gemeinde Hellsau und Alchenstorf etliche Autos aufgebrochen und Wertsachen gestohlen.

Den Urhebern erschliesst sich aus dem Archiv der Medienmitteilungen der Kantonspolizei nicht ganz, was die Kriterien für eine Veröffentlichung eines Delikts sind. Wie oben geschrieben, werden Vorfälle, bei denen im halben Dorf Autos aufgebrochen wurden, nicht publiziert. Im Gegenzug sind allgemeine Mitteilungen über erfolgte Verkehrskontrollen zu finden.

Fragen:

1. Was ist über die Täterschaft (Alter, Geschlecht, Nationalität, Migrationshintergrund) bekannt?
2. Werden bei solchen Vorfällen (Pieterlen, Hellsau, Alchenstorf etc.) auf Gemeindegebiet die Gemeindebehörden (Gemeinderat oder Verwaltungsleitung) über den groben Sachverhalt informiert oder erfahren diese den Sachverhalt über Medien und Hörensagen?
3. Gibt es einen Leitfaden/ein Schema darüber, welche Fälle aktiv kommuniziert werden? Falls ja, wie sieht dieser Leitfaden aus?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 38

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Spahr (Lengnau, SVP) (Sprecher/-in)
Müller (Orvin, SVP)
Aebi (Hellsau, SVP)

Beantwortung: SID

Informiert die Kantonspolizei die Bevölkerung und die Gemeindebehörden ausreichend über Vorfälle?

Die Polizei als Behörde geniesst in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Diese Akzeptanz ist für die polizeiliche Arbeit essenziell. Damit die hohe Akzeptanz der Strafverfolgungsbehörden erhalten bleibt, ist es unter anderem wichtig, dass die Polizeibehörden die Bevölkerung und die Gemeindebehörden sachgerecht und zeitnah über Vorfälle, die von öffentlichem Interesse sind und die bevorstehenden Ermittlungen nicht behindern, proaktiv informieren. Sonst kann schnell der Eindruck entstehen, die Behörden wollen «etwas unter dem Deckel halten». Den Urhebern sind zwei Fälle aus der Bevölkerung bekannt, bei dem zumindest infrage gestellt werden kann, ob die Strafverfolgungsbehörden immer proaktiv und zeitnah über Vorfälle informieren. So wurden in der Nacht auf den 7. April in der Gemeinde Pieterlen 17 (!) Autos aufgebrochen. Über diesen Einbruchsexzess wurde weder von der Kantonspolizei noch von der Staatsanwaltschaft mittels Medienmitteilung oder Social Media proaktiv informiert. Der Fall wurde publik, da das Bieler Tagblatt bei der Kantonspolizei nachfragte und daraus einen Artikel schrieb.

Weiter haben die Urheber Kenntnis eines weiteren, ähnlich gelagerten Vorfalls. So wurden in der Nacht vom 1. auf den 2. September in der Gemeinde Hellsau und Alchenstorf etliche Autos aufgebrochen und Wertsachen gestohlen.

Den Urhebern erschliesst sich aus dem Archiv der Medienmitteilungen der Kantonspolizei nicht ganz, was die Kriterien für eine Veröffentlichung eines Delikts sind. Wie oben geschrieben, werden Vorfälle, bei denen im halben Dorf Autos aufgebrochen wurden, nicht publiziert. Im Gegenzug sind allgemeine Mitteilungen über erfolgte Verkehrskontrollen zu finden.

Frage:

— Warum wurde die Bevölkerung (auch angesichts des aktuellen öffentlichen Diskurses) nicht proaktiv informiert?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 22.08.2024

Eingereicht von: Fiechter (Oberwil im Simmental, SVP)

Beantwortung: FIN

Erbschaftssteuerinitiative der Jungsozialisten – Betroffenheit im Kanton Bern

Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft» der Jungsozialisten Schweiz verlangt unter Berücksichtigung eines Freibetrags von 50 Millionen Franken die Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 Prozent. Zwei Drittel der so erhobenen Steuereinnahmen sollen dem Bund und ein Drittel den Kantonen zufließen, wobei die Mittel zweckgebunden «zur sozial gerechten Bekämpfung der Klimakrise sowie für den dafür notwendigen Umbau der Gesamtwirtschaft» einzusetzen wären. Der konfiskatorisch hohe Steuersatz könnte dazu führen, dass betroffene Personen die Schweiz bzw. den Kanton Bern (präventiv) verlassen werden – aufgrund der Rückwirkungsbestimmung der Initiative bereits im Vorfeld der Abstimmung.

Fragen:

1. Wie viele Personen im Kanton Bern versteuern ein Vermögen von mehr als 50 Millionen Franken?
2. Welche Vermögens- und Einkommenssteuererträge sowie Erbschafts- und Schenkungssteuern (für nicht direkte Nachkommen) fallen auf natürliche Personen mit einem steuerbaren Vermögen von mehr als 50 Millionen Franken (absolut und anteilmässig an den Gesamtsteuereinnahmen)?
3. Wie viele Zu- und Wegzüge von Personen mit einem steuerbaren Vermögen von mehr als 50 Millionen Franken in den bzw. aus dem Kanton Bern wurden in den letzten zehn Jahren festgestellt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Gerber (Hinterkappelen, GRÜNE)

Beantwortung: FIN

Wie weiter mit den Informatik-Projekten

Der Kanton Bern investiert immer mehr Geld in Informatikprojekte. Immer mehr Projekte laufen aus irgendeinem Grund aus dem Ruder, sei es durch Kostenüberschreitung, Zeitverzögerung oder weil bei neuen Informatik-Lösungen die gewünschte Arbeitserleichterung nicht eintrifft.

Fragen:

1. Wie viele Informatikprojekte sind zurzeit in der Entwicklungsphase?
2. Wie viele davon haben bei Nichtvollendung die Kosten bereits überschritten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Matti (Zweisimmen, Die Mitte)

Beantwortung: FIN

Eröffnung von steuerrechtlichen Verfügungen

Bei Steuerfragen werden oft Treuhänderinnen und Treuhänder, Steuerexpertinnen und Steuerexperten oder Anwältinnen und Anwälte bevollmächtigt. Die Eröffnung der Verfügung erfolgt bei denjenigen Steuerpflichtigen, welche die Unterlagen per Taxme-Online eingegeben haben über das Portal. Der oder die Bevollmächtigte erhält weder eine digitale Mitteilung noch eine schriftliche Eröffnung der Verfügung.

Fragen:

1. Warum erfolgt die Eröffnung der Verfügung ausschliesslich über das Portal ohne Information des oder der Bevollmächtigten?
2. Entspricht dieses Vorgehen den gesetzlichen Grundlagen und der Rechtsprechung?
3. Ist eine Änderung des Vorgehens vorgesehen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Matti (Zweisimmen, Die Mitte)

Beantwortung: FIN

Bestimmungen für den Wochenaufenthalt

Für die ländlichen Regionen ist der Wochenaufenthalt ein wichtiges Instrument, um das Steuersubstrat in der Region zu behalten und der Abwanderung entgegenzuwirken. Immer wieder kommt es in diesem Zusammenhang zu langen Verzögerungen bei der Veranlagung und zu uneinheitlichen und nicht nachvollziehbaren Entscheiden der Steuerverwaltung.

Fragen:

1. Warum wird der Entscheid der Gemeinden über den Wochenaufenthalt von der Steuerverwaltung nicht 1:1 übernommen bzw. in Frage gestellt?
2. Auf welcher gesetzlichen Grundlage berechnet sich der Radius zwischen Wochenaufenthalts-/Arbeitsort der Wochenaufenthalterin oder des Wochenaufenthalters?
3. Auf welcher gesetzlichen Grundlage basieren die Entscheide der Steuerverwaltung im Zusammenhang mit der Zumutbarkeit des Arbeitswegs für die Steuerberechtigte oder den Steuerberechtigten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

Anfragen Herbstsession 2024

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 02.09.2024

Eingereicht von: Matti (Zweisimmen, Die Mitte)

Beantwortung: FIN

Zumutbarkeit des Arbeitswegs

Die Zumutbarkeit des Arbeitswegs wird in der politischen Diskussion immer wieder verwendet und dient als Begründung für Arbeitsplätze und Entschädigungen. Dies erfolgt sowohl in sozialen (Zahlungen, RAV usw.) sowie bei steuerlichen Fragen (z. B. Wochenaufenthalt, Pendlerabzug usw.). Der Arbeitsweg dient aber auch zur Begründung von Arbeitsstellen und Standorten der kantonalen Verwaltung.

Fragen:

1. Was ist für den Regierungsrat ein zumutbarer Arbeitsweg (in öV-Minuten/in km)?
2. Welche gesetzlichen Grundlagen liegen der Antwort auf Frage 1 zugrunde?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion